

Analyse Koalitionsvereinbarung

Am 21. November 2011 stimmten die Koalitionsparteien SPD und CDU der Koalitionsvereinbarung mit dem Titel „**Berliner Perspektiven für Starke Wirtschaft, gute Arbeit und sozialen Zusammenhalt**“ für die 17. Legislaturperiode des Abgeordnetenhauses von Berlin zu. Der KAV Berlin hat die Koalitionsvereinbarung analysiert und informiert über die Aussagen, die KAV-Mitglieder betreffen.

Grundsätzlich bekennen sich die Koalitionäre zu den öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen in Berlin. An mehreren Stellen wird in der Koalitionsvereinbarung darauf hingewiesen, dass die neue Regierung eine wohnortnahe und bezahlbare öffentliche Daseinsvorsorge unterstützt. Auch mit Blick auf den europäischen Wirtschaftsraum wird klar gestellt „Berlin wird sich dafür einsetzen, dass die Gestaltungsspielräume der Kommunen bei Leistungen der Daseinsvorsorge durch europäische Wettbewerbsregelungen nicht ausgehöhlt werden“.

Die Koalitionsvereinbarung ist in **zehn Kapitel** unterteilt, die bei unserer Analyse thematisch eingehalten werden. Der Fokus der Analyse liegt immer bei den Belangen der öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen in Berlin. Werden KAV-Mitglieder erwähnt, so finden sich die Punkte am Ende des jeweiligen Kapitels.

Vereinbart wurde in dem Vertrag auch die Ressortverteilung, die wie folgt aussehen wird:

Die **SPD** stellt

- den Regierenden Bürgermeister,
- Senatoren für die Bereiche
 - o Finanzen
 - o Bildung, Jugend und Wissenschaft
 - o Stadtentwicklung und Umwelt
 - o Arbeit, Integration und Frauen

Die **CDU** stellt

- Den/die Bürgermeister/in
- Senatoren für die Bereiche
 - o Inneres und Sport
 - o Wirtschaft, Technologie und Forschung
 - o Gesundheit und Soziales
 - o Justiz und Verbraucherschutz

Analyse Koalitionsvereinbarung

Kapitel 1 / Kraftvolles Berlin: Starke Wirtschaft. Gute Arbeit

- Die Koalitionäre setzen auf die **Kommunikation** mit Unternehmen, Gewerkschaften und Belegschaftsvertretungen, Wirtschaftsverbänden und Kammern Bürgerinnen und Bürgern.
- Öffentliche Unternehmen werden als Steuerungsinstrument gesehen. Die Koalition will **starke öffentliche Unternehmen**, die gute Leistungen erbringen, wirtschaftlich erfolgreich sind, gute Arbeits- und Ausbildungsplätze bereitstellen und einen Mehrwert für die Stadt schaffen.
- **Öffentlich-private Partnerschaften** (ÖPP) als reine Finanzierungselemente lehnt die Koalition ab und bleibt bei der Rechtslage nach § 7 Abs. 2 Landeshaushaltsordnung.
- Die Koalition wird eine konsequente Berliner **Frauenpolitik** verfolgen. Gleichstellung und gleiche Bezahlung von Frauen und Männern, Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf stehen dabei im Mittelpunkt. Die neue Landesregierung hält am novellierten **LGG** fest und begrüßt „den in den landeseigenen Betrieben angestrebten **Anteil von 50 Prozent Frauen in Führungspositionen**“. Gemeinsam mit verantwortungsvollen Berliner Unternehmen soll ein **Bündnis für Gleichstellung** mit Berliner Unternehmen geschlossen werden.
- Die neue Landesregierung hält am **Berliner Vergabegesetz** fest und will den darin festgeschriebenen **Mindestlohn für öffentliche Aufträge** durch den neuen Senat auf **8,50 Euro anheben**. Zusätzlich soll die Vergabe öffentlicher Aufträge an die Zahlung von Tariflöhnen sowie weitere soziale Kriterien, wie beispielsweise die Frauenförderung, gebunden werden.
- Die **Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft** soll in der neuen Legislaturperiode weiter gefördert werden. Die Koalition strebt eine enge Verzahnung zwischen Unternehmen und Berliner Forschungs- und Hochschuleinrichtungen und damit einhergehend Kooperationen an. Hierzu wird auch ein eigenes Ressort mit der **Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung** geschaffen.

KAV-Mitglieder

- Die Koalition lehnt die **Privatisierung** von öffentlichen Unternehmen wie z.B. **BVG und BSR** ab.
- Die Verhandlungen über den Rückkauf privater Anteile der **Berliner Wasserbetriebe** werden ergebnisoffen fortgesetzt. Ziel der Koalition ist es, die Wasserpreise zu senken.
- Berlin soll zum führenden Gesundheitsstandort in Europa entwickelt werden. Die städtische Gesundheitsversorgung mit exzellenten Leistungen wird durch den erfolgreichen Klinikbetrieb **Vivantes** sichergestellt und weiter ausgebaut. Die Koalition strebt eine engere **Kooperation zwischen Charité und Vivantes** an

Analyse Koalitionsvereinbarung

und will ein zukunftsweisendes Konzept für effiziente Kooperation und ein gemeinsames strategisches Management erarbeiten.

- Das Areal um den Flughafen Tegel wird zu einem regionalen Wirtschaftsraum rund um **Hochschulen** und Industriebetriebe ausgebaut. Technisch ausgerichtete Hochschulen, wie beispielsweise die **Beuth Hochschule** oder die **TU Berlin** sollen hier integriert werden.
- Die Koalition sichert den **Messe- und Kongressstandort** Berlin und will diesen weiter ausbauen. Dazu gehört auch die Sanierung des von der **Messe Berlin** betriebenen ICC.

Kapitel 2 / Pulsierendes Berlin: Moderne Stadtentwicklung und starke Infrastruktur

- Der **öffentliche Nahverkehr wird gestärkt**. Der Instandhaltungsrückstand soll abgebaut werden, um eine höhere Leistungsfähigkeit und Qualität zu gewährleisten.
- Der **Nahverkehrsplan** wird gemeinsam mit allen Interessengruppen erstellt, vom Senat beschlossen und alle fünf Jahre aktualisiert.
- **Tarifanhebungen im ÖPNV** dürfen nur moderat erfolgen und sollen sich am Anstieg der Lebenshaltungskosten orientieren.
- Das **Berliner ÖPNV-Gesetz wird novelliert**.
- Die **S-Bahn** wird als **unverzichtbarer Bestandteil des ÖPNV** angesehen. Langfristig soll die S-Bahn Berlin auf ein **kommunales Unternehmen** übergehen. 2011 wird der Berliner Senat mit der Deutschen Bahn AG Gespräche aufnehmen, um die S-Bahn Berlin zu erwerben. Falls keine Einigung erzielt wird, wird die rechtssichere Vergabe über eine Ausschreibung starten, an der sich auch die **BVG** beteiligen kann. Eine Gesamtvergabe des S-Bahn-Netzes wird rechtlich geprüft. Ist diese nicht möglich, wird für den **Betrieb des Rings samt Zubringerstrecken** eine Ausschreibung für einen Betrieb mit Neubaufahrzeugen gestartet.

KAV-Mitglieder

- Das **U-Bahn-Netz wird in seinem Bestand gesichert**, einzelne Strecken werden ausgebaut (z.B. U-5, möglicherweise Verlängerung der U7 von Rudow zum Flughafen BER, Straßenbahnneubaustrecke WISTA, Straßenbahnanbindung des Bahnhof Ostkreuz).
- In das Fahrzeugbeschaffungsprogramm in den **Fuhrpark der BVG wird investiert**, um einen attraktiven barrierefreien, zuverlässigen und qualitätsvollen ÖPNV zu sichern.

Analyse Koalitionsvereinbarung

- Landeseigene **Wohnungsbestände und Wohnungsbaugesellschaften sollen gestärkt** werden. Eine **Privatisierung** der landeseigenen Wohnungsbestände wird **abgelehnt**.
- Die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften sollen ihre **preisdämpfende und sozial integrierende Funktion** behalten und in größeren Wohnanlagen **Angebote für gemeinschaftliche Wohnformen** schaffen.
- Die Zahl der Wohnungen in landeseigener Hand soll auf 300.000 Wohnungen erhöht werden. Ziel ist es in **der Legislaturperiode 30.000 neue Wohnungen**, oder durchschnittlich 6.000 pro Jahr, zu errichten.
- **Studentenwerk:** Studentische Wohnheimplätze sollen in Kooperation mit landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften erhöht werden.

Kapitel 3 / Leistungsfähiges Berlin: Solide Finanzen. Bürgernahe Verwaltung.

- Die Koalition wird ab 2016 keine zusätzlichen Kredite aufnehmen und die **Schuldenbremse** einhalten.
- Die **Verwaltung** wird modernisiert und reformiert.
- Die **Grunderwerbsteuer** wird zum 1. April 2012 auf 5 Prozent angehoben.
- Der neue Senat legt einen Entwurf des **Doppelhaushaltes 2012/2013** vor, der sich im Rahmen der beschlossenen Eckwerte bewegt.
- Die **öffentlichen Unternehmen** müssen weiterhin wirtschaftlich arbeiten. Der Senatsverwaltung für Finanzen werden Instrumente an die Hand gegeben, die sie befähigen, einheitliche **Steuerungsfunktionen** wahrzunehmen.
- Das **Berichtswesen für Beteiligungen** wird weiter entwickelt. Beteiligungsunternehmen sollen regelmäßig verbindliche Quartalsberichte erstellen.
- **Aufsichtsräte bei öffentlichen Unternehmen** werden regelmäßig für ihre Arbeit geschult.
- Die Regelungen im **Berliner-Betriebe-Gesetz** zu den Gewährträgerversammlungen der vom Geltungsbereich erfassten Anstalten des öffentlichen Rechts werden entsprechend den bestehenden Regelungen für die Gewährträgerversammlungen der BVG vereinheitlicht.
- Die Koalition will mehr **Menschen mit Migrationshintergrund** für den öffentlichen Dienst und landeseigene Unternehmen gewinnen.

Analyse Koalitionsvereinbarung

Kapitel 4 / Wissbegieriges Berlin: Stadt für Bildung

- Die Koalition steht für die **Weiterentwicklung der Hochschulen und Wissenschaft** und setzt sich für die Beibehaltung der **Freiheit der Wissenschaft** und die **Autonomie der Hochschulen** sowie die Weiterentwicklung der Exzellenz ein.
- Bildung bleibt in Berlin von der Kita bis zur **Hochschule gebührenfrei**.
- Der **Hochschulpakt 2020** zwischen Bund und Ländern wird mit seinen drei Säulen fortgesetzt und die **Gegenfinanzierung vom Land Berlin** sichergestellt.
- „Masterplan Ausbildungsoffensive“ wird in Form einer Qualitätsoffensive von 2012 bis 2016 ausgebaut.
- Der Rahmenvertrag zwischen dem Land Berlin und dem **Studentenwerk Berlin** wird fortgeschrieben.
- **Neue Kooperationsformen** von regionaler Wirtschaft und wissenschaftlichen Einrichtungen werden geprüft.
- Das Land Berlin sichert auch in Zukunft die **Ko-Finanzierung** erfolgreicher Projekte im Rahmen der **Exzellenzinitiative**. Für 2017 wird Vorsorge getroffen.
- Die **Hochschulverträge** werden als Finanzierungsmodell weiterentwickelt.
- Im Dialog mit weiteren Akteuren in Bund und Ländern wird nach Wegen der **Erhöhung der Mittel für den Landeshochschulbau** gesucht.
- Änderungen der **BerIHG-Novelle** werden evaluiert und in einer Arbeitsgruppe soll beraten werden, ob es eventuelle Änderungen geben soll.

Kapitel 5 / Soziales Berlin: Zusammenhalt, Integration und Vielfalt

- Soziale Hilfe- und Dienstleistungsstrukturen sollen ebenso wie die **Pflegelandschaft verbessert** werden.
- Die Landesinitiative „**Gute Arbeit in der Pflege**“ wird fortgesetzt, um Mindeststandards bei den Arbeitsbedingungen zu erarbeiten.
- Um **Berufsbilder in der Pflege attraktiver** werden zu lassen, wird eine **gemeinsame Kampagne für Pflegeberufe** mit den Leistungserbringern und den Kostenträgern gestartet.
- **Ausbildungskapazitäten** bei Krankenhäusern, ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen **sind auszubauen** und der Pflegebereich soll mehr Plätze für Schulpraktika anbieten.
- Das **Potential an Nachwuchskräften mit Migrationshintergrund** soll besser genutzt werden.

Analyse Koalitionsvereinbarung

- Wichtig ist eine **angemessene Entlohnung der Pflegeberufe**. Nähere Angaben zur Umsetzung fehlen allerdings.
- Bisherige Modellprojekte zu **anonymisierten Bewerbungen** werden ausgewertet und ggf. fortentwickelt.

Kapitel 6 / Sicheres Berlin: Bürgernahe Polizei. Intakter Rechtsstaat.

- Die Zahl der Vollzugsbeamten wird um 250 auf 16.410 erhöht, um auch dem gestiegenen Sicherheitsbedürfnis im ÖPNV Rechnung zu tragen. Bei der **BVG** wird es einen **verstärkten Personaleinsatz durch erhöhte Polizeipräsenz** geben
- Die **Speicherfrist von Videodaten** aus Bussen, Bahnen und Bahnhöfen der BVG wird **von 24 auf 48 Stunden erhöht**.
- Das bestehende **Alkoholverbot in Beförderungsmitteln der BVG** ist durchzusetzen.

Kapitel 7 / Familienfreundliches Berlin: Allen Generationen ein Zuhause

- Der Koalition ist es wichtig, die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** zu **stärken**. Sie wird die Einrichtung von Betriebs-Kitas unterstützen.
- Der Super-Ferien-Pass mit Badekarte und der Berliner FamilienPass werden weitergeführt.

Kapitel 8 / Nachhaltiges Berlin: Gesunde, lebenswerte und ökologische Stadt

- Eine **wohnortnahe, kultursensible, qualitätsgesicherte und bezahlbare medizinische und pflegerische Versorgung** auf dem neuesten Stand der Wissenschaft ist erklärtes Ziel der Koalition.
- Die „Initiative Gesundheit und Arbeit“ (iga) wird intensiviert.
- Die Koalition startet ein **„Aktionsprogramm Gesundheit“**.
- Es sollen **integrierte Versorgungskonzepte** für ältere oder aber chronisch kranke Menschen und Menschen mit Behinderung geschaffen werden.
- Berlin soll bis zum Jahr **2050** zu einer **klimaneutralen Stadt** werden. Um dieses Ziel zu erreichen, will die Koalition für die Sektoren Wohnen, Energieversorgung, Verkehr,

Analyse Koalitionsvereinbarung

Gewerbe/Handel/Industrie und Privatverbraucher konkrete Klimaschutzziele benennen.

- Die Bemühungen der **energieeffizienten Gebäudesanierung** werden erheblich gesteigert und sollen **sozialverträglich und möglichst mietenneutral** erfolgen.
- Eine stadtweite Grundwassersteuerung ist lückenlos zu betreiben.
- Die Koalition richtet einen „**Runden Tisch Grundwasser**“ ein, um gemeinsam mit Eigentümern, **BWB** und dem Senat effiziente Maßnahmen zur Erreichung von siedlungsverträglichen Grundwasserständen zu kommen.
- Die Berliner **Abfallwirtschaft** soll auf Grundlage des Abfallwirtschaftskonzepts (AWK) hinsichtlich Klima- und Ressourcenschutz weiterentwickelt werden. Mit den großen Unternehmen der Entsorgungswirtschaft werden **Klimaschutzvereinbarungen** abgeschlossen.
- Eine **einheitliche Wertstofftonne** wird eingeführt. In ihr werden neben Verpackungsabfällen auch stoffgleiche Nicht-Verpackungen gesammelt.

KAV-Mitglieder

- **Vivantes:** Die Koalition bekennt sich zu seiner **Eigentümergeverantwortung für Vivantes**.

Die **Zusammenarbeit von Charité und Vivantes wird intensiviert**, um optimale Effizienzsteigerungen ohne Qualitätsverlust zu erreichen

Die **Zusammenarbeit mit der zuständigen Senatsverwaltung** muss **verbindlich koordiniert** werden.

- Eigenbetriebe des Landes Berlin und die **Städtischen Wohnungsbaugesellschaften** sollen eine **Stufenplanung zur energetischen Sanierung** ihres Gebäudebestandes vorlegen.
- **ÖPNV-Unternehmen** sollen **bis 2014 ein zertifiziertes Umweltmanagement** vorweisen.
- **BSR: Einstieg in die Vergärungstechnologie** ist ein wesentlicher Schritt um biologische Abfälle noch besser nutzen zu können.

Reinigungsklassen der BSR werden ausdifferenziert.

Analyse Koalitionsvereinbarung

Kapitel 9 / Kreative Berlin: Kultur, Medien und digitale Gesellschaft

- Die Koalition wird die einzigartige **Kulturlandschaft Berlins weiterentwickeln** und erwähnt ausdrücklich die Bedeutung der **Berliner Philharmoniker**, der **drei Opernhäuser** und dem Angebot für **Kinder und Jugendliche**.
- Kulturelle Bildung bleibt zentrales Thema Berliner Kulturpolitik. In ressortübergreifender Verantwortung wird die strukturelle Verzahnung von Berliner Kultur- und Bildungseinrichtungen fortgesetzt.
- Die **Gedenkstättenkonzeptionen** werden unter Einbeziehung des Bundes **weiterentwickelt**.

Fazit: Der Koalitionsvertrag sieht **keine Privatisierungen landeseigener Unternehmen und Einrichtungen** vor. Im Gegenteil, die neue Koalition bekennt sich zur öffentlichen Daseinsvorsorge und plant **eventuelle Ausweitungen** in diesem Bereich, wie beispielsweise ein öffentliches Stadtwerk oder den kommunalen Betrieb der S-Bahn oder Teilstrecken der S-Bahn. Zum finanziellen Rahmen steht sehr wenig in der Koalitionsvereinbarung. Vorerst gelten die „Eckwerte“ des bereits verabschiedeten Doppelhaushaltes 2012/2013.